

Wahlentscheidungen hieße sich seinen Wünschen. Auch dieser Brunn hat, wie der Vorwärts erzählt, seine Geschichte:

Der Kaiser hatte — ohne sich vorher mit der Stadt in's Einvernehmen gesetzt zu haben — bei dem Bildhauer Leising einen Rolandbrunnen bestellt, der an die Stelle des im höchsten Pflanz befindlichen Wangenbrunnens kommen sollte. Als der Auftraggeber das Modell bekam, fand er den Entwurf für den Brunnen an dem er angefertigt werden sollte, so umfangreich. Infolgedessen gelangte vom Hofmarktkantons ein Schreiben an die Stadt, in dem die Bereitwilligkeit des Kaisers ausgesprochen war, der Stadt das Modell zu schenken. Herr Leising sollte dann mit der Ausführung des Brunnens von der Kommune betraut werden, und es wurde angesetzt, das Werk vor dem Rathaus aufzuführen. Seitens der Stadt beschäftigte man sich zweimal mit der Pflanze, beide Male wurde das Anerbieten dankend abgelehnt. Der Kaiser hat sich dann später mit dem Leising'schen Entwurf annehmend doch beruhend — wenigstens soll er nun im Auftrag Wilhelm's II. auf dem Kemperplatz ausgeführt werden.

Im Friedrichshain soll nach den Intentionen des Kaisers eine Wärdensalle ähnlich der Siegesallee in Tiergarten entstehen. Der Vorwärts schreibt: „Wir wissen, daß der Kaiser statt der Wärdensalle ein Friedrichshain eine Reihe plastischer Wärdensstellungen wünscht, vermutlich eine Wärdensalle, auf der die Geschichte der deutschen Volksherrschaft in angemessenen Abständen veranschaulicht werden. Wir wissen auch, daß Wilhelm II. das Verlangen hat, daß diese Gruppen von einem Künstler hergestellert werden, der vermag, der höchsten Parteilichkeit der Wärdensarbeit zu werden, während die Schöpfer der von der Stadt in Arbeit gegebenen Brunnens einen monumentalen Charakter annehmen. Hat der Kaiser umgewandelt das Recht, seinen ästhetischen Anschauungen durch Wort, Schrift und Druck Ausdruck zu verleihen, so ist er rechtlich nicht in der Lage, seine individuellen Meinungen der Stadt zum obersten zwingenden Gesetz aufzuerlegen. Er ist dazu ebensowenig im Stande — und das wird das Oberverwaltungsgericht, wenn nicht alles trügt, aussprechen müssen —, wie er etwa die Stadt zwingen könnte, daß sie auf seinen Befehl bestimmte Bauwerke errichte.“

Aus Anlaß der jüngsten Vorkommnisse erzählt die Vossische Zeitung, wie der frühere Oberbürgermeister Zelle bei Wilhelm II. in Ungnade geriet. Es ist das zwar keine Brennengeschichte, aber eine Baugeschichte:

Der Oberbürgermeister war bei dem Kaiser zu Audienz. Neugierig und ungezogenen plauderte der Herrscher mit Zelle über dies und das. Da wendet er sich an seinen auf dem Sofa sitzenden „Herrn“ und sagt, was zum Kaiser hinüber zu bringen die höchsten Abstände. Die meisten waren es. Die Häuser dort bis zur Neumannsgasse sind der gegebene Platz für das zweite Berliner Rathaus. Der Oberbürgermeister sieht die Häuser, er feint auf ihren Kaufpreis und zu den Häusern zwischen der Breiten- und der Briderstraße kommen die übrigen teuren Grundstücke bis zur Neumannsgasse, er hat den Plan, dem Kaiser zu erwidern: „Majestät, ich fürchte, die Stadt Berlin ist nicht reich genug, einen solchen Plan durchzuführen.“ Das war ein kritischer Tag, und seitdem hat die Sonne der kaiserlichen Gunst dem Oberbürgermeister Zelle nicht mehr geleuchtet.

Der Fall Kaufmann.

Schneller als man es sonst gewöhnt ist, ist in der Berliner Bürgermeisterei die Entscheidung getroffen worden. Der Oberbürgermeister der Provinz Brandenburg hat dem Ob. bürgermeister Richter am 6. Oktober das folgende Schreiben zugesandt:

„In dem gefälligen Berichte vom 23. d. M. Nr. 1221 G. B. hat der Magistrat beantragt, das Grundstück zu verkaufen, damit die allerböchste Befähigung der wiederhergestellten Wahl des Stadtrats Kaufmann zum zweiten Bürgermeister (Beigeordneten) herbeigeführt werde. Dielem Antrag zu entsprechen befindet ich mich nicht in der Lage, da das Gesetz § 33 der Städteordnung die wiederholte Erziehung des Stadtrats durch die höchsten Abstände dem Wahl der Beigeordneten der Wahl gestattet. Nach derselben Gesetzesbestimmung kommt in Frage, ob namentlich die kommissarische Verwaltung der Stelle anzuordnen ist. Den Magistrat erlaube ich erwidern, mir zu berichten, ob die kommissarische Verwaltung durch die Geschäftslage geboten erscheint, und welche gegebenenfalls Verhältnisse in dem Kommissorium zu berücksichtigenden anzuordnen. In dieser Beziehung erwidere ich: Die Verhältnisse des Stadtrats Kaufmann sind wieder beigelegt.“

Dieses Schreiben ist gestern vormittag auf dem Rathaus eingetroffen. Oberbürgermeister Richter hat sofort eine außerordentliche Sitzung des Magistrats einberufen und dieser den Fall unterbreitet. Es wurde beschlossen, dem Oberpräsidenten mitzutheilen, daß eine Vertretung des Bürgermeisters nicht notwendig erweise, und ferner, den in dieser Frage mit

der Regierung gesonnenen Schriftwechsel in Druck zu legen und ihn schon am nächsten Donnerstag dem Stadtvorstandten zugehen zu lassen.

Der § 33 der Städteordnung, auf den die Entscheidung des Oberpräsidenten sich stützt, lautet in seinem hier in Frage kommenden Teile:

„Wird auch die Wahl nicht bestätigt, so ist die Regierung berechtigt die Stelle einnehmen auf Kosten der Stadt kommissarisch zu verwalten zu lassen. Dasselbe findet statt, wenn die Stadtvorstandten die Wahl verweigern, oder den nach der ersten Wahl nicht Bestätigten wieder erwählen sollten.“

Die Entscheidung des Oberpräsidenten findet in dieser Fassung keine Stütze. Die Wahl des § 33 der Städteordnung ist lediglich durch die Regierung berechtigt ist, die Stelle des 2. Bürgermeisters vorläufig kommissarisch zu verwalten zu lassen, sie gibt aber kein Recht, die Weitergabe des magistratischen Geschäftes zu verweigern. In der Kreuzzeitung haben nun übrigens schon einige Tage früher Kenntnis von der Entscheidung des Oberpräsidenten. Das Organ derer von Nr. und Palm brachte bereits am Sonntag einen Artikel, der sich bemühte, den § 33 im Sinne des Urtheils des Oberpräsidenten zu interpretieren.

Das „Haus der Freuden und Untermöglichkeiten“, wie die Berliner Stadtvorstandtenversammlung wohl schon genannt worden ist, hat also einen neuen Schlag zu parieren. Man muß abwarten, ob die Kommunalverwaltungen der Reichshauptstadt die Situation zu begreifen im Stande sind. Alles deutet darauf hin, daß ein Konflikt droht werden soll. Je länger hier die Stadtväter nicht widerhandeln, machen sie Konzeption, dann ist es mit dem Selbstverwaltungsrecht der Reichshauptstadt vorbei.

Wehrnach für Waldersee.

Der Bezirksverein Hannover-Boden des Deutschen Kriegesbundes hat am Sonntag eine Walderseefeier abgehalten. Die Praterrede auf den Wehrdienst a. D. hielt General von Kraml. Derselbe bemerkte, daß die verdienstlichen Mächte im Grauen Waldersee den rechten Mann auf den rechten Platz gestellt hätten und daß der ehrenvolle Friedensschluß in China namentlich auf der verdienstlichen, geschickten Thätigkeit des Feldmarschalls und dem Einfluß seiner hervorragenden Persönlichkeit zu verdanken sei. Ziel zu bebauern sei es, daß deutsche Heerden sich bereit gefunden hätten, die Verdienste Waldersee's zu verkennen, darüber würden sich unsere Nachkommen den Kopf zerbrechen. Die deutschen Soldaten schauten auf ihr Feldmarschalls mit Ehrfurcht, als zu einem Vorbilde höherer militärischer Tugenden empor. Das doch auf den Gefeierten land enthusiastic Aufnahme.

Es ist wohl eher anzunehmen, daß sich unsere Nachkommen den Kopf darüber zerbrechen werden, daß deutsche Krieger angefaßt des offenkundigen Flusses in Orlasen sich selbst mit Hysterie betäubten und sich in den traffenischen Kubhuden ergehen konnten. Im übrigen ist auch genug Vorwurfs-Wehrnach und Vorber gependelt worden, so daß es nun endlich einmal genug des grauenhaften Spieles sein könnte.

Draconische Militärjustiz.

In der Sächsischen Arbeiter-Zeitung findet sich folgende Verurteilung über eine Verhandlung des Kriegesgerichts der 1. Division in Dresden:

Zu einem Soldatengefängnis kam es am Abend des 1. Septembers in dem Orte Gartberg bei Altitz. Das 1. Feldartillerie-Regiment Nr. 12 war dort zum Teile einquartiert, und da es gerade Sonntag war, so stimmte es auf dem Tanzboden des Gallothe von Soldaten aller Gattungen und Grade. Besonders an einem Tische ging es lustig her. Der Quartiermeister des Regiments, der jetzt in der Garnison der 1. Division in Berlin ist, hatte sich in dem genannten Truppenkorps in Waldersee bei der 6. Batterie des genannten Regimentes in Waldersee bei der 6. Batterie von Feld mit Schrapnals, wobei letzterer etwas allzu reichlich geflossen zu sein scheint. Blume drehte sich eben lustig im Kreise mit seiner Dorichdosen, als ihn der Unteroffizier Baumich zu sich rief. Nach Beendigung des Langes ging der Soldat zum Unteroffizier hin, um ihm etwas zu sagen. Er sagte: „Ich bin ein Unteroffizier's Pferd zu verkaufen. Hieraus entzogene Blume, er habe sein Pferd zu verkaufen, und auf einen diesbezüglichen Grundwort des andern: „Na, dann werden Sie es wohl allein verkaufen können.“ Die Versicherung hörte der vortretende Unteroffizier Michel, der den Soldaten deshalb zur Rede setzte. In seiner Zerknirschung antwortete Blume aber: „Herr Unteroffizier, Sie haben jetzt nicht zu jemandem zu verkaufen, sondern die Viehtrouille mit, aus dem Saale zu kommen, aber ohne Erfolg. Blume soll wiederum höhnisch lächelnd die Hände in die Hosentaschen gesteckt und die andre Seite des Saales gegangen, schließlich aber auf Jurenden seines Quartiermeisters bis zur Saaltheilung gefolgt sein. Auf die abermalige Aufforderung, nach Hause zu gehen, gab er zur Antwort: „Ich gehe nicht nach Hause, es ist noch nicht 10 Uhr und werde erst meinen Kameraden noch „Gute Nacht“ sagen.“ Den auf ihn bedeutungsvoll einbrechenden Unteroffizier Brief wies er mit den Worten ab: „Du hast hier nichts zu tun, laß Dich weh!“ Unteroffizier Michel er

klärte ihm nunmehr für arreziert, zumal schon eine Anzahl Privatpersonen sich einmischen wollten, und beauftragte den Gefeierten Anker mit dem Transport des Blume nach der Wache. Als dieser nun auch dieser ermahnte, doch mitzugehen, da es sich sonst sicher berechnen würde, erklärte der Arreziert nach einer Weile, er gehe nicht weiter mit. Dem Gefeierten blieb schließlich nichts weiter übrig, als wieder umzugehen und den Unteroffizier Michel davon zu benachrichtigen. Es wurden nunmehr die Kameraden Hausoffizier und Spymann zum Transport befohlen, und Blume wurde nach Hause gebracht. Blume wurde nachher letzterer ihm auf, schneller zu gehen, doch dieser erklärte: „Ich habe doch nicht das Galloplausen gelernt, ich bin freier und barber, Sie aber bloß Walderberger!“ Kurz vor der Wache war er sich ins Gras, fand auch nicht wieder auf, sondern lagte zu Michel's Unteroffizier, legten Sie sich her, Sie sind aber nicht mit Wache zu gehen, sondern mit Unteroffizier, mich zu unterrichten, die beiden Transporteure der Barber weiter geholt werden, doch nunmehr leistete der Arreziert zweiweites Widerhandeln. Er stemmte sich mit Händen und Füßen und schlug den Unteroffizier ins Gesicht und gegen die Brust, doch dieser noch am nächsten Tage Blume Frieden hatte. Zwei Wochenlang änderte er auch nicht, als er in die Baracke geschickt wurde. Er rief dem Wächtersagen zu: „Guten Abend, Kamerad, ich melde mich als Arreziert!“ Die Handlungsweise des Blume, der sich vor dem Kriegesgericht der 1. Division Nr. 23 wegen Achtungsverletzung, Beleidigung eines Vorgesetzten, unordentlichen Ungehorsams gegen einen Befehl in Diensten, unordentlichen Ungehorsams, Verweigerung des militärischen Angriffs auf die Befehle zu verantworten hat, erwidert beinahe unerlässlich Angeklagter ist durchaus nicht venient verurteilt, bisher noch gänzlich unbekannt und erzählt auch von seinen Vorgesetzten eine gute Beurteilung. Wenn erklärt er in der Verhandlung, daß er wohl in Betrachtung der Vergehen mit zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis.

Die Härte dieses Urteils des Kriegesgerichts zu Dresden ist geradezu erschreckend und nicht entfernt durch die Forderungen militärischer Disziplin gerechtfertigt. Den Anlaß der Verurteilung des Soldaten gab ein Befehl des Unteroffiziers, der dienstlich unberechtigt war und nur die Macht des Vorgesetzten zu unbedingten Zwecken benutzte. Daher der Widerstand des Soldaten unter den Wirkungen des Schnapsgenusses, daher alle Beleidigungen, die vom Standpunkt der Disziplin strafwürdig erscheinen mögen, aber doch nichts weniger als beunruhigend, abfällige Auslegung bedeuten. Unter diesen Umständen hätte eine Strafe von einigen Wochen sicherlich allen Anforderungen der Disziplin genügt. Die furchtbare schwere Bestrafung mit 2½ Jahren Gefängnis aber ist unverständlich und unbillig nicht gerechtfertigt, in der Bevölkerung Sympathien zu erwecken. Es ist zu hoffen, daß die obere Gerichtsinstanz das drakonische Urtheil beseitigt und das Vergehen des Soldaten menschlicher beurteilen wird.

Deutsche Pferde für die chinesische Kavallerie.

Der chinesische Kreuzzug hat manche unedlere Erscheinungen hervorgebracht. Hierzu gehört auch folgendes: Wegen der hohen Transportkosten und der Gefahr des Unglücks ist ein Teil der Pferde des deutschen Expeditionskorps in China verkauft. Man hat sie dort zu verkaufen gesucht. Wie ein deutscher Offizier in der Rhein-Beit. Jg. aus Beijing vom 21. Juli schreibt, würden die noch untertauf gebliebenen Tiere unserer Kavallerie wohlfeillich ins Zientfien Depot gehen, um dort veräußert zu werden. Er glaubt zwar nicht, daß die Tiere in Zientfien mehr bringen werden wie in Beijing. Wahrscheinlich werden dort dieselben lächerlichen Preise erzielt werden! Ein Bedürfnis liegen eben nicht vor, das Land hat Zug- und Reit-tiere in Hülle und Fülle. Im übrigen soll, so heißt es in dem Briefe weiter, ein chinesischer General die Absicht haben, die Pferde an groß anzukaufen, um damit die chinesische Kavallerie beritten zu machen. — Das wäre eine ebenlo blutige Ironie, wie das Verkaufen deutscher Waffen an die Chinesen.

Zu dem Todesurteil im Gumbiner Mordprozeß.

Verständlich der allgemeine Ausbruch des Bundes für die Menschen- und Bürgerrechte in Paris folgende Kundgebung: „Bisher hat der Ausschuss in dieser Angelegenheit Schweigen beobachtet, in der Ungewißheit, welchen Widerhall eine Kundgebung von ihm in Deutschland haben würde. Da indes sein Schweigen sein Gewissen bedrückt, er sich endlich entschlossen, im Namen der beiden Organe der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, als deren Hüter der Mund sich betrachtet, seinen Einspruch hören zu lassen, auf die Gefahr hin, ungehörig zu bleiben. In Frankreich wäre eine Freisprechung vorgeschrieben gewesen. Wenn dagegen die deutsche Kundgebung gestattet, daß eine Freisprechung in der höheren Instanz in ein Todesurteil umgewandelt werden kann, so verlegt es die Regeln der Billigkeit und Gerechtigkeit, auf denen in allen Kulturländern die Justiz beruht.“

Ein Opfer des Kaiserbeleidigungsparagrafen.

Aus Königsberg wird berichtet: Eine Denunziation wegen Majestätsbeleidigung hat den Besitzer Knipel in Rastfischen

Boisgenig gute die Adjektiv. „Trotz alledem hätten für einander begegnen und miteinander sprechen können. Ihr verhandelt Euch so einmal so gut. Du fühlst also in gar keiner Verbindung mehr mit ihm?“

„Nein“, erwiderte sie kurz, „wenn es der Fall wäre, müßte Du es.“

Ihr Gefahren wuchs, und zugleich fühlte sie sich verlegt über diese beunruhigenden Fragen. Worauf wollte er hinaus? Beschuldigte er sie, daß sie in Verbindung mit Lucas geblieben wäre? Ihre Neugierde wurde regt.

„Warum fragst Du mich das?“

„O nichts, es war nur so eine flüchtige Idee, die mir im Augenblick gekommen ist.“

Nach kurzem Zögern berichtet Boisgenig gleichwohl seine Gedanken.

„Ich handelte sich nämlich um folgendes. Ich sagte Dir, es gehe nur zwei Wege: entweder alles verkaufen oder eine Geschäftsverbindung ins Leben rufen. Der ich mich angeheben würde. Mir ist jedoch ein drittes Mittel eingefallen, das eine Kombination der beiden andern darstellt, nämlich unsere Werte von der Creditreue anlassen zu lassen und, um den größeren Teil des Vermögens zu heben, Verzicht zu thun.“

„Nicht ganz.“

„Die Sache ist gleichwohl sehr einfach. Dieser Herr Lucas hat zweifellos beabzweckt, nach unserem Tode. Nun hat er uns ja genug Erbschaften zugelegt, nicht wahr, und es wäre nicht mehr als billig, wenn wir ihm einen recht großen Betrag abnehmen könnten. Das wäre dann unsere Rettung, besonders wenn wir uns einen Anteil am Ertrag der Werke vorbehalten, was uns ermöglichen würde, die Güterbände zu beschaffen und unser Leben auf bisheriger Stufe weiterzuführen.“

„Saganne wurde von großer Thätigkeit ergriffen, während sie ihm zuhörte. Er war also immer noch derselbe Mensch, die gleiche Rede, die er gehalten hatte, um mich zu überzeugen. Es kostete immer nur mich, dann, auf Seiten anderer der Werke, flüchten auf der Brangasse, in der jene sich befindet, modten, flüchten zu gehen. Und seine Hauptfrage war noch wie vor, der Wirtschaft, der Ausbeutung, der Kapitalist zu bleiben, der er bis jetzt gewesen war. Die Bewilligung, die ihm seit der Statutenreform zu Boden drückte, hatte zur Ursache, sein Leben, seinen Blicken vor der Arbeit, die glänzende Frage, wie

er es ermöglichen sollte, weiter zu leben, ohne etwas zu thun; und unter jenen kaum getrockneten Lärmen kam plötzlich wieder der Genußmensch zum Vorschein.

„Ein mal, jedoch nicht zu wissen, was das ist.“

„Das hätte ich aber in dieser Sache zu thun?“ fragte sie. „Worum wollest Du wissen, ob ich mit Monsieur Troument in Verbindung geblieben bin?“

„Mein Gott“, antwortete er gelassen, „weil mir das die Schritte erleichtert hätte, die ich bei ihm machen will. Du bezeichnest, nach 10 Jahren der Entfernung ist es nicht leicht, mit einer Person, die sich nicht mit jemandem veranlassen, während die Unmöglichkeit betriebsmäßig verringert würde, wenn der Jemand Dein Freund geblieben wäre. Du hättest dann die Angelegenheit ihm gegenüber einleiten können.“

„Sie unterbrach ihn mit rader Dankbezeugung.“

„Niemand hätte ich unter solchen Umständen mit Monsieur Troument verhandelt.“ Er verzögert, daß ich ihm eine Schwelger ausgesetzt war.“

„Der Unzulässigkeit! Er kam bis zur Nierengebiet herab, auf die Jünglinge zu spezifizieren, die Lucas für sie benutzt haben mochte, und er wollte sie dazu gebrauchen, den Gegen zu erwidern, um ihn dann um so leichter zu belegen.“

„Er sah wohl an ihrer Blässe und hörte in ihrem Ton, daß er sie bezieht hatte und daß sie sich wieder von ihm zurückzog, und er verstand, den schledern Eindruck zu vermeiden.“

„Du hast recht, geistliche Anordnungen geben die Frauen nichts an, und Du hättest stattdessen, eine solche Vision nicht übernehmen können. Gleichwohl bin ich erfreut, daß mir dieser Einfall gekommen ist, denn ich weiß ich darüber nachdenke, besto merde dünkt es mir, doch hier unsere einzige Rettung liegt. Ich werde meinen Antragsplan entwerfen und werde schon ein Mittel finden, um mich mit dem Direktor der Creditreue in Verbindung zu setzen. Wenn ich es etwa nicht zu antworten kann, doch der ersten Schritt aus.“

„Das war wieder ein Schritt, der sich nicht auf die Arbeit, sondern auf andere zu beschließen und sein Wohlbehagen darüber zu sichern, wie er es bisher gethan hatte. Das Leben hatte noch keine Reize, wenn man es mit weihen, unthätigen Händen leben konnte. Er erobert sich mit einem Aufseher der Creditreue und blühte durchsprechen auf den großen Fort, der sich im Lachen nicht des Wohlbehagens wieder mit reichlichem Erleben zu

erfüllen gedachte. „Wir wären dann, wenn wir uns abhären würden“, rief er aus. „Sind Leute wie wir dazu gemacht, im Gend zu leben?“

„Saganne war kein geblieben, und ihr Herz zog sich zusammen zu machender Thätigkeit. Einen Augenblick hatte sie geschofft, diesen Raum zu einem besseren Menschen zu verändern zu können, und nun mußte sie einsehen, daß Stürme und Umwälzungen über ihr hinwegzogen, ohne daß er sich änderte, ohne daß er die neue Zeit auch nur begriff. Die uralte Ausbeutung des Menschen durch den Menschen lag ihm im Blute, und er konnte nur leben und genießen auf Kosten anderer. Er blieb, was auch geblieben mochte, ein großes, unermüdetes Kind, das hier einmal zur Welt fallen würde, wenn je die Gerechtigkeit zur Herrschaft gelangte. Sie gab ihm auf und empfand nur noch mit Bitterkeit gemildertes Mitleid für ihn.“

Während dieses langen Gesprächs war Paul unbeweglich liegen geblieben und hatte seinen Eltern mit seinem Blick und seinen Worten zugehört. In seinen großen, gedankenvollen Augen spiegeln sich alle Weisheit, die seine Mutter bewegten.

Er stand in uniger Seelenverbindung mit ihr, und er litt ebenso wie sie unter der Unwissenheit des Vaters und Mütter.

Sie bemerkte seine ärmliche Verlegenheit und fragte: „Wahrscheinlich Du eben gerade, mein Hund?“

„Auf den Nachhof, Mutter, verlaßt mich, denke ich, nun den neuen Pfug für die Winterarbeiten bekommen haben.“

„Wahrscheinlich laßt sich auf“

„Und das interessierst Du?“

„Ja, Vater, in Gemüthen haben die Dampfzüge, die mehrere Stunden lang durch den Himmel fliegen und sehen, die sie in einem großen Zuge vereinigt haben. Und doch ist so wunderbar, wenn man sieht, wie die Erde bis in die Inneren aufgerührt und befruchtet wird.“

„Er hatte mit jugendlicher Begeisterung gesprochen. Seine Mutter lächelte ihm zuversichtlich zu.“

„Was wird er nicht alles thun, den neuen Pfug an und arbeite, Du wirst dich nur um so leichter fühlen.“

(Fortsetzung folgt.)

Beitrag. „Zurückgeblieben. Am Schluss des Jahres wurde nach ein allgemeines Bes. Gutes veranstaltet.“

Freiheit, in den Tod getrieben. Bei dem Sommerfest des Arbeitervereins, dem der Mann angehört, möchte dieser im Kreise seiner Kameraden, als das Gespräch auf den Kampf kam, eine nicht weniger als dazwischen, sonst aber harmlose Bemerkung. „Ihr werdet nicht gefangen, wenn er gut gemacht einfaue, werde ihm nicht gefangen. Da er die Sache für bedeutungslos hielt, gab der Unvorsichtige nicht zum Besen. Er wurde hauptsächlich demüthigt. Nach der gerichtlichen Vernehmung hat er sich aus Furcht vor Gefängnisstrafe erhängt.

Wegen Kaiserbeleidigung hatte sich in Frankfurt a. M. ein Handlungsgehilfe zu veranlassen. Er wurde aber festgenommen, da ein Vergleich mit seiner Hand schriftlich nicht ergab, daß er der Urheber der Anichtsposkorte gewesen ist, die aus Frankfurt an den Kaiser mit nicht widergebender Kritik über den Schinazier und anderen unflätigen Bemerkungen gefandt worden sind.

Ausland.

Oesterreich. Sozialistische Gemeindegewalt. In Cormons bei Gradisca wurde bei den Gemeindegewalten in der dritten Klasse die fortschrittliche sozialdemokratische Liste gewählt, wodurch sich die Sozialdemokraten in der Gemeinderat kamen. Ebenso wurde in Wang bei Würzschlag die sozialdemokratische Liste in der dritten Klasse nahezu einstimmig gewählt.

Oesterreich. Wahlkrawalle. In Fiume wurde bei den Wahl Demonstrationen der Finanzdirektor Behnardt durch Pfeerschüsse, der Sektionsrat Kaufmisch durch Steinwürfe schwer, viele andere Personen leicht verletzt.

Frankreich. Kapitalistische Maßregeln zur Abwehr des Generalstreiks der französischen Bergleute. Angesichts des bevorstehenden allgemeinen Grubenarbeiter-Ausfalls, der für den 1. November erwartet wird, werden zahlreiche Mengen belgischer und englischer Kohlen importiert. Auch die Amerikaner treffen umfassende Vorbereitungen zur Importation großer Kohlenladungen nach Frankreich. Dazu bauen sie bereits große Frachtdampfer, wodurch sie die Transportkosten herabzusetzen hoffen.

Schweiz. Sozialdemokratischer Wahlerfolg. In Ghar wurden bei der jüngsten Wahl des Großen Stadtrats neben 12 Liberalen und 4 Konserwativen 5 Arbeitervertreter gewählt, womit unsere Genossen einen schönen Erfolg erzielten.

Dänemark. Das Ergebnis der Ergänzungswahlen zum Landsting. Nachdem die Schichtbeizierten ihre selbstverständlich durchweg reaktionären — Wahlmänner gewählt hatten, haben in der vorigen Woche die Wähler der Abgeordneten stattgefunden. In Kopenhagen wurde der Bürgermeister Borup mit 493 Stimmen gewählt; Gen. P. Knudsen erhielt 412 Stimmen. Die Wahlmänner, die für Knudsen stimmten, waren von 16671 Urwählern gewählt, die Wahlmänner Borups nur von 2277.

Früher verfügten die Rektionäre im Landsting über 34 Mandate, die übrigen mehr oder minder Liberalen hatten 32; nun haben die Rektionären 33, die übrigen 30 Mandate mit Einschluß des einen Sozialdemokraten.

Rußland. Massenprotest der Finnländer gegen das neue Befreiungsgesetz. Anlässlich einer Eingabe des finnländischen Senats hatte der Generalgouverneur Vorbericht dem Jaren berichtet, daß in Finnland nicht eine Spur von Opposition gegen die Umgestaltung des Verweins vorhanden sei, daß im Gegenteil die Bevölkerung diesen neuen Beweis von der Gnade des Monarchen dankend entgegen genommen hätte. Im die obigen unmaßige Behauptung nicht unüberwindlich zu lösen, haben jetzt eine halbe Million finnländischer Männer und Frauen einen Protest an den Jaren unterzeichnet, worin die neue Herordnung als gefehrvoll bezeichnet wird, weil sie ohne Zustimmung und Mitwirkung der Ständerversammlung zu stande gekommen ist.

Türkei. Konflikte und kein Ende. Neben dem Streitfall mit Frankreich ist der Türkei noch eine neue Differenz mit England entstanden. Und zwar handelt es sich um die Stadt Somenak im arabischen Südküste am persischen Golf. Diese Stadt kam im 16. Jahrhundert unter die Herrschaft der Türken. Am 18. Jahrhundert jedoch wichen sich die dortigen Schicksal insolge der Schwäche der Porte wieder unabhängig und zahlten keinen Tribut mehr. In den letzten Jahrzehnten verdrängte türkische Soldaten, getrieben durch eigenen Geldmangel, die Stadt wieder unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Die Schicksal von Somenak setzen sich aber mit den Engländern in Verbindung, die natürlich gern bereit waren, ihre Macht auf der arabischen Halbinsel auszubreiten. Die Türken verdrängten in den letzten Wochen noch einmal, sich in den Besitz der Stadt zu setzen. Ein türkisches Schiff verdrängte Truppen in Somenak zu landen, wurde aber durch einen englischen Kreuzer daran gehindert. England hat darauf noch mehrere Kriegsschiffe nach jenen Gegenden geschickt. In der Angelegenheit liegt folgende Nachricht vom 3. Oktober aus Konstantinopel vor:

Von zukünftiger türkischer Seite wird jede Aussicht der ottomanischen Regierung, zur Befriedigung Somenaks (am persischen Meerbusen) zu schreiben, bestimmt mit der Erklärung, befristet, daß dies nicht im türkischen Interesse läge, überdies auch auf den entscheidenden Widerstand Englands folgen würde. Die ottomanische Regierung würde nur die Behinderung der Waffeneinfuhr nach Arabien über Somenak, wie sie zwischen England und der Porte beim Abgange des Verweins einmüßig aus Anlaß des früheren Zwischenfalls in Kowest vereinbart worden sei.

— In Sittenbild aus dem türkischen Heere. Zu Monatsfrist erhob der türkische Stabschef Haki Mesud Bey, welcher in einem skaffehaue schwere Beleidigungen gegen den Sultan ausließ und infolgedessen verhaftet werden sollte, bei seiner Festnahme drei Offiziere und mehrere andere Personen, schießlich wurde er von der wütenden Volksmenge getötet.

Äfrika. Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Die berückichtigten Flüchtlingslager, in denen die internierten Burenfrauen und Kinder an allem Mangel leiden und dahinstreifen, machen zur ewigen Schande Englands wieder von sich reden. Aus Bloemfontein wird gemeldet:

Das Flüchtlingslager in Dranzenfranz beherrschte gegenwärtig 40000 Personen, wovon wöchentlich im Durchschnitt 220, meist an Malaria, sterben, davon fallen die Hälfte auf die Kinder.

Über die Operationen der Kriegsführer in Natal schreibt ein Berichterstatter der Times aus Südafrika: An der Befreiung von Natal scheint die Gefahr eines Einfalles durch die ruiden Bewegungen der britischen Truppen verhindert worden zu sein; ein Kommando siehe indes noch dicht an der Grenze westlich vom Normandienposten. Eine kleine Streitmacht Buren, die am 21. September die Grenz von Natal überdritt, wurde nach kurzem Kampfe zurückgedrängt. Einen großen Verlust haben die Buren in einem der letzten

Scharnhorst erlitten. Der bekannte Führer Viktorias ist schwer verwundet worden.

Wie der militärische Mitarbeiter der Sunday Times berichtet, hat Lord Milners bald freie Hand in der Kriegsführung haben. Einem Verlangen nach mehr berittene Truppen wurde bereits Folge geleistet, wobei eine ansehnliche Anzahl berittene Reitererregter abgeben werden, die nötigenfalls drei berittene Reitererregter folgen würden, die für Eingehung bereit gehalten werden. Monatlich würden 8000 Pferde eingekauft werden. Wahrscheinlich würden auch Kanada und die australischen Kolonien angegangen werden, weitere berittene Kontingente zu stellen. Die neuen berittene Truppen würden die milde Infanterie ablösen.

Wie vor einigen Tagen mitgeteilt, ist aber die Stimmung in den australischen Staaten gar nicht darnach angehen, neue militärische Opfer zu bringen. Die Verhältnisse werden also recht lässig ausfallen.

Ueber die Stellung der Transvaalregierung zum Friedensschluß berichten Londoner Blätter aus Brüssel, daß die Konferenzen zwischen Krüger, Verbe, Fisher, Wolmarans und Belfeld in Silberium Friedensvorschläge zum Zweck gehabt hätten, welche Präsident Krüger der britischen Regierung unterbreiten sollte. Wie der gegenwärtigen Kriegslage werden die Burenregierungen weniger als je zu weitergehenden Friedensbedingungen bereit sein, als ihnen von jeher genehm waren.

China. Neue Unruhen. Nach einer Meldung aus Pongtung ist eine zweite Balaier Missionstation im Pongtung-Distrikt zerstört worden. Die Bewegung ähnelt dem Borez-Aufstand, und den Beamten ist es nicht gelungen, sie zu unterdrücken.

Die Ueberlieferung des Hofes nach Peking. Die Ueberlieferung des Hofes nach Peking. Die Ueberlieferung des Hofes nach Peking. Die Ueberlieferung des Hofes nach Peking.

Parteinachrichten.

— Eine feine Genügnung, so schreibt die Leipz. Volkstg., hat der Vorstand des Verbandes für die Krämmer Mitteldeutschlands an den Tag gelegt. Dieser Verband der Mitteldeutschen, der in Leipzig seinen Sitz hat, kommt jetzt einen der Konsumvereine der Arbeiter mit den ermäßigten Zennunziationen. Sein Vorstand hat sich mit einer Eingabe an die Kreisbauverwaltung Leipzig als die zuständige höhere Verwaltungsbehörde gewendet und darin darauf hingewiesen, daß in der Nähe des Konsumvereins für Arbeiter und Lungenge- und V-Arbeiter, Vorkampfbahn, ein Platz im Schauerstreifen mit dem Aufdruck: „Petitionsbogen gegen den Brotwucher liegen zur Einreichung aus“, ausgehängt. Da diese Petition von der Sozialdemokratie Leipzig in Umlauf gesetzt worden ist, und demzufolge ein politisches Ziel habe, die Rücknahme des Plakats ohne Wissen der Verwaltung des genannten Konsumvereins aber nicht erlaubt sein könne und da die politischen Bezeichnungen, welche dadurch zum Ausdruck gelangen, nicht unter die durch das Gesetz vorgeschriebenen Bezeichnungen seien, so würde die Aufhebung des Plakats nach § 81 des Gesetzes über die Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaften erfolgen können, um so mehr, da diese zum Verbot der höheren Polizeigewalt, die Konsumvereine der Arbeiter einfach aufzulösen, dürfte das letzte Mittel der Kämpfer für die eigene Sache sein. Wir glauben aber, daß die Kreisbauverwaltung sich jedoch bereit finden lassen wird, den Nachdruck mit Bezeichnung zu gestatten zu sein. Immerhin zeigt der Vorfall, wie sehr die Konsumvereins-Verwaltungen darauf Bedacht zu nehmen haben, jeden Anlaß für die Wiederholung solcher oder ähnlicher Demonstrationen zu vermeiden. Wie im vorliegenden Falle, werden die oben genannten Konsumvereine auch weiterhin bereit sein für die Bekämpfung solcher oder ähnlicher Vorkommnisse hiesigen Anstellten die Verwaltung des Konsumvereins und diesen selbst verantwortlich zu machen.

Gewerkschaftliches.

Die hiesigen Arbeiter Württembergs beschlossen auf der kürzlich abgehaltenen Versammlung ihrer Delegierten, den Behörden folgende Forderungen zu unterbreiten: 1. Mit Lage Sommerurlaub, wie ihn die Beamten haben; 2. Invaliden- und Rentnerverlozung; 3. Anlaß der Tagelöhne fünf Wochenlöhne zu zahlen.

Die Unternehmung der Militäreinheiten Brande haben die Mitglieder der in der hiesigen Gegend der Arbeitervereins einer Zeitgenossenzeit zurückgewiesen. Die von den Arbeitern eingereichten Anträge fordern in der Hauptsache: Neumündliche Arbeitszeit, 50 Pf. Minimal-Stundenlohn für leistungsfähige Arbeiter, Befreiung eines Affordiziums, mögliche Beschränkung der Ueberstunden, eventuell Aufschlag für dieselben, Einschränkung der Schmarren, Befreiung der Arbeiter von der Pflicht der Werkstatt-Einbringung eines Tarifromes, welches die Affordizium für neu auftretende Arbeiter festzusetzen und bei Streitigkeiten als oberste Instanz zu fungieren hat.

Ausland.

Frankreich. Radmehr des Oafenarbeiterstreiks in Marseille. Das Schwurgericht beurteilte eine Anzahl Oafenarbeiter, welche bei dem letzten Auslande ihnen anvertraute Streikgelehrer unterlagerten hatten, zu drei Wochen Gefängnis.

Gerichtssaal.

Strassammer.

25 Pfennig — 3 Monat. Der Dachdecker Richard Schenkenberger aus Gelsina, 30 Jahre alt, wurde wegen Mißhandlungsdelikt mit 3 Monaten Gefängnis bestraft, weil er am 24. Juni in der hiesigen Gegend der Arbeitervereins einen Schächel, 25 Pf. wert, entwendet hatte.

Erfolgreich war die Vermählung des Hüttenmannes Gustaf Witte aus Wolme, 41 Jahre alt. Er hatte am 8. Juni in Wolme den 18-jährigen Bergmann Friedrich Buch mit einem Schwadulwe verheiratet und dann, als dessen Mutter ihn zur Kirche stellte, dieselbe getreten. Während das Schwadulwe in Gestalt auf 1 Monat Gefängnis erkannt hatte, ermäßigte das Landgericht die Strafe auf 60 M. event. 12 Tage Gefängnis.

Untersuchung. Der Handlungsgehilfe Max Eugen Baule, 25 Jahre alt, war vom 16. Juni bis Anfang August bei dem Kaufmann Karl Schneider in Gelsina als Lehrling beschäftigt. Er bekam monatlich 175 M. Gehalt, war unverheiratet und hätte mit dem Gehalt wohl auskommen können. Als die Sache entdekt wurde, verdrängte er in jändere Weise noch andere Personen. Er wurde antragsgemäß zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt; auch wurde seine Verbindung aufgelöst.

Robeistvergehen. Die viel vorbestrafte Schächterarbeiter Ernst Karl Schulze und Gustaf Hermann Dolzins, beide von h. 35. 44 Jahre alt, hatten am Sonntag, den 16. Juni, den Arbeiter Karl Rader auf der Verrentenstraße erheblich mißhandelt. Rader war in ein Haus getrieben, wo ihm die Angeklagten nachgelagert waren. Schulze war auch wegen Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung angeklagt. Rader war arg verletzt und ist am anderen Tage gestorben, aber noch dem Gutachten der Sach-

verständigen nicht infolge der Mißhandlungen, sondern infolge einer Entzündung. Er habe einen epileptischen Anfall gehabt und durch Erbrechen eine Menge weißer Bohnen, die er vorher gegessen, in die Luftröhre und Lunge bekommen. Die Verlegungen waren nicht die Todesursache gewesen, wie ursprünglich angenommen wurde. Vom Hauie des Stachelfabrikant Rimmer wurde Verleitet blutend zur Polizeiwache gebracht. Die Angeklagten wollen den Rader angeblich zur Rede gestellt haben, was dieser dem Dolzins 70 Pf. wegenommen hätte. Dolzins wäre gleich tödtlich geworden, mögegen sie hier nicht hätten. Diese Angabe ist völlig falsch. Schulze wurde zu 9 und Dolzins zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Beide Angeklagte bestrafen sich in Dait und dem Schulze wurden 2 Monate auf die Strafe in Anrechnung gebracht.

Angendliche Hebelstäter fanden in den Monaten des 14-jährigen Kaufmanns Karl Borgogart und der 12-jährigen Schulstuhlen Paul Götter und Paul Albrecht unter Anklage. Sie waren am 16. Mai, dem Simmeljahrstage, in einem Neubau auf der Reichardtstraße übergegangen und hatten dort zwei Waffentagen, eine Anzahl Verleichten, einen Blechimer und zwei Weinstöcke in den Abort geworfen. Dann verurteilt wurde die Keller, wobei Borgogart die Weigerung gethan: „Die Boladen brauchen nicht zu arbeiten.“ Zwei jährige Knaben waren ebenfalls dabei beteiligt und der angeklagte Schaden wird auf 40 M. geschätzt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Borgogart 9, und gegen die anderen beiden Angeklagten je 3 Wochen Gefängnis. Der Gerichtspräsident die Angeklagten Götter und Albrecht von der Anklage des Hausfriedensbruchs und der Sachbeschädigung frei, da ihnen das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit und der böse Wille zugehört habe. Borgogart habe aber seine Pflicht durch die betreffende Lebensart befehndet und Sachbeschädigung begangen, weshalb eine Gefängnisstrafe von 1 Woche verhängt wurde. Der Vorsitzende ermahnt die Mütter, ihre Kinder strenger zu erziehen; jedenfalls lie die Tat auf unvorzügliche Ausgerungen über den Streit zurückzuführen.

Ein böses Eheverhältnis. Die berechtigte Zigarrenmacher Wilhelmine Wunder geb. Ulrich aus Brechna wegen Mißhandlung ihres Gemannes angeklagt, weil sie am 7. Juli noch vorhergehendem Streit ihrem Mann mit einem Mejer, das zum Zabaßneidern gebraucht wurde, einen Stich in die Brust verleiht. Die beiden Geleute sind etwa 50 Jahre alt und seit 1896 verheiratet. Sie leben jetzt getrennt von einander und die Ehe ist als höchst unglücklich zu bezeichnen. Sie betrauert, den Mann nicht absichtlich getötet zu haben, sondern nur eine Abwehrbewegung habe die Verlegung mit sich gebracht. Ihr Mann habe sie wiederholt beschimpft und geschlagen. Bei einem an dem betreffenden Sonntage stattgehabten Morgenpazierenge habe sie immer 15 Schritte hinter ihm her gehen müssen. Eine Feigheit betrauert, daß er ihr nicht hier Mann und die Angeklagte eine etwas eifersüchtige Frau sei. Der Mann, macht von dem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch und sagt, er wolle keine Frau schauen, obwohl sie einen gemeinen Charakter habe. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagte 4 Wochen Gefängnis, aber der Gerichtspräsident kam zur Freisprechung, da die Angabe der Angeklagten, sie habe unabsichtlich gehandelt, nicht widerlegt worden ist.

Verworfen wurden die Verurteilungen der Arbeiterfrau Friederike Damm geb. Kunze und der Steinfeinkeru Man von hier. Beide waren vom Schöffengericht wegen Beleidigung und Körperverletzung, die Frau zu 40 Mark Geldstrafe, aber 3 Jahren Gefängnis, der Mann zu 2 Wochen und Tagen Gefängnis verurteilt worden. Die Angeklagten haben am 7. Juni in der Vorstrafe eine Frau Linde geschimpft, gebau und geraut. Letztere ist die zweite Frau des zingz und Frau Nag ist die Schwester der verurteilten ersten Frau des zingz. Daher rührte der Skandal. Die Angeklagten wollten in Notwehr gehandelt haben, was aber das Gericht nicht annahm.

Aus dem Reich.

Berlin. Zu der gestern mitgeteilten Eiferkühnstragdie ist noch nachzutragen, daß der Buchhalter Artur Meyer Sommerabend nachmittag seinen Verleuten erlegen ist. Frau Zimmermanns Befinden ist befriedigend; man hofft, sie am Ende erhalten zu können.

Berlin. Minister liebhaft. Bei einer hochgestellten Persönlichkeit (?) wurde ein Einbruch verübt. Die Diebe erbeuteten 30000 M. in Wertpapieren, ferner eine Münzensammlung, sowie viele Orden und Medaillen. Es ist eine Verlozung von 500 M. angesetzt worden.

Merseburg.

An die Wähler zur Stadtverordnetenwahl! Der Sozialdemokratische Verein beschloß folgendes Programm zur Stadtverordnetenwahl aufzustellen resp. seine Kandidaten auf daselbe zu beruhsen. Die sozialdemokratische Partei zu Merseburg fordert auf wirtschaftlichem Gebiete: 1. Einheitsliche Schulpolitik. Befreiung ihrer Verleierten. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Verlegung der bedürftigen Schüler auf Kosten der Gemeinde. Angemessene Besoldung der Lehrer. Anstellung von Schülern.

2. Befreiung des Submissionswesens: Übernahme der städtischen Arbeiten in eigene Regie unter Wegfall der Zwischenunternehmer.

3. Achtstündige Arbeitszeit bei allen städtischen Arbeiten unter Ausschluß des Affordiziums. Befreiung der Arbeiter nicht unter den ortsbekanntesten Gewerkschaftsmitgliedern. Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes unter Mitwirkung der Arbeiter.

4. Kommunele Armenpflege. Den Untertägten dürfen die kommunalen und politischen Rechte nicht entzogen werden.

Auf finanziellem Gebiete: Wegfall aller indirekten städtischen Abgaben. Keinerlei Aufwendungen aus städtischen Mitteln zu Brunnweiden. Abschaffung der Wassersteuer.

Auf dem Gebiete der Verwaltung: Errichtung eines Gewerbegebietes unter gleichmäßiger Verwaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Trennung der Amtsanwaltschaft vom Amte des Polizeidirektors. Befreiung der Polizeigewalt. Abschaffung der Pflichtfeuerwehr.

Alle Wähler, welche mit diesem Programm einverstanden sind, eruchen wir, ihre Stimmen zu dem in November stattfindenden Wahl zur Stadtvertretung auf unsere Kandidaten die später bekanntgegeben werden, abzugeben. Weibe keine der Wahl fern. Alle diejenigen, welche ein Einkommen von 600 M. an verdienen, seit einem Jahr an dem Orte wohnen einen eigenen Hausstand haben und ein Jahr alt sind, haben das Recht zu wählen. Hat jemand Kinder, wofür ihm für jedes Kind 50 M. von seinem steuerbaren Einkommen in Abzug gebracht werden, so kommt dies für sein Wahlrecht nicht in Betracht, so daß selbst derjenige das Wahlrecht besitzt, der auf Grund dessen nur 2.40 Mark Steuern und darüber zahlt. Da uns nur noch wenige Wochen von der Wahl trennen, so agitiere jeder für eine zahlreiche Beteiligung an der Wahl, überall, wo sich die Möglichkeit bietet. Man bedenke, daß Stadtparlament bestimmt uns die kommunalen Steuern! Wie dieselben verwandt werden, zeigt die Realisation, wie meistens fremde Arbeiter bei der jetzigen Arbeitslosigkeit beschäftigt werden und ein großer Teil einheimischer Arbeiter keine Arbeit hat.

Die Kommission zur Stadtverordnetenwahl.
J. M. D. Mittag.
Verantwortlicher Redakteur: G. Däumig in Halle.



Gardinen,

Portièren,
Möbelstoffe,
Teppiche,
Tischdecken

Kaufhaus

H. Elkan

in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

Halle a. S., Leipzigerstr. 87.

Sozialdemokrat. Verein für Halle und den Saalkr.

Donnerstag den 10. Oktober abends 8 1/2 Uhr im „Konzerthaus“, Karlstraße 14

Vereinsversammlung.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Lübecker Parteitag. 2. Die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen und Aufstellung der Kandidaten für sämtliche Bezirke.

Der Vorstand.

Steinsetzer von Halle u. Umgegend.

Donnerstag den 10. Oktober 1901 abends 7 Uhr

außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Es ist notwendig, daß ein jeder Kollege erscheint.

Konsum-Verein für Weiskensels u. Umg.

G. G. u. L. S.

Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß Herrn Friedlander die Ausgabe von Rabattmarken entzogen ist. Grützen oder die Mitglieder, die Bettel, welche als Marken ausgegeben sind, den Geschäftsherrn zur weiteren Regelung abzuliefern. Neu eingeführt haben wir deshalb im Geschäft II:

Arbeiter- und Kinder-Garderobe

zu sehr soliden Preisen.

Rabattmarken hat das Kaufhaus Prophet, Inhaber Michalowski, Judentrage.

V. Gismann, D. Kathe, V. Seiling



Fischers Restauration
Mansfelderstraße.
Mittwoch
gr. Schlachtfest.
Dazu ladet freundlichst ein
Chr. Fischer.

Zoologischer Garten, Halle.

Entree 50 Pf. Kinder 30 Pf.

Wir empfehlen die sieben im Vorwärts-Verlage erscheinende Schrift:

Führer durch die Strafprozeßordnung.

Rechte des Angeklagten vor Polizei und Strafgericht.

Von Dr. Hugo Heinemann, Rechtsanwalt.

Porto 5 Pf. Preis 40 Pf.

Die Schrift erstreckt auf 90 Seiten in 5 Hauptabschnitten die Rechte des Angeklagten vor Polizei, Staatsanwalt und Gericht im Untersuchungs-, Beweis- und Gerichtsverfahren und giebt ihm klare Auskunft, welche Schritte er von der Einleitung der Untersuchung (Unterzeichnung, Festnahme, Vernehmung, Hausdurchsuchung) bis zur Erhebung der Anklage und bis zum Urteilspruch zu unternehmen hat, ebenso über die verschiedenen Berufungsmittel gegen das Urteil. Ein ausführliches Sachregister und zahlreiche Formulare für Eingaben und Beschwerden erhöhen den Wert dieser für jeden Arbeiter unentbehrlichen Schrift, welche nach den Bedürfnissen des praktischen Lebens gearbeitet ist.

Zahlreiche Bestellungen sieht entgegen

Die Volksbuchhandlung, Rannischestraße 3.

Warnung!

An Stelle des unübertrefflichen echten Dr. Thompson's Weissenpulver werden den Hausfrauen oft minderwertige Produkte ausgehandelt. Man achte genau auf die Schutzmarke „SCHWAN“.

Man verlange es liberal!

Große Modenwelt
Kleine Modenwelt
Sindergarderobe
Die Modenwelt

Sindermode-zeitung
Mode und Haus
Elegante Mode
Frauenfleiß

Deutsche Modenzeitung
Wacht der Hausfrau
Hauslicher Ratgeber etc.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung.

Stadt-Theater Halle a. S.

Dienstag den 8. Oktober 1901

abends 7 1/2 Uhr.

25. Vorst. i. B. Ab. 20. Abnom.-Vorst.

1. Viertel. Farbe gelb.

2. Viertel. Farbe gelb.

3. Viertel. Farbe gelb.

4. Viertel. Farbe gelb.

5. Viertel. Farbe gelb.

6. Viertel. Farbe gelb.

7. Viertel. Farbe gelb.

8. Viertel. Farbe gelb.

9. Viertel. Farbe gelb.

10. Viertel. Farbe gelb.

11. Viertel. Farbe gelb.

12. Viertel. Farbe gelb.

13. Viertel. Farbe gelb.

14. Viertel. Farbe gelb.

15. Viertel. Farbe gelb.

16. Viertel. Farbe gelb.

17. Viertel. Farbe gelb.

18. Viertel. Farbe gelb.

19. Viertel. Farbe gelb.

20. Viertel. Farbe gelb.

21. Viertel. Farbe gelb.

22. Viertel. Farbe gelb.

23. Viertel. Farbe gelb.

24. Viertel. Farbe gelb.

25. Viertel. Farbe gelb.

26. Viertel. Farbe gelb.

27. Viertel. Farbe gelb.

28. Viertel. Farbe gelb.

29. Viertel. Farbe gelb.

30. Viertel. Farbe gelb.

31. Viertel. Farbe gelb.

32. Viertel. Farbe gelb.

33. Viertel. Farbe gelb.

34. Viertel. Farbe gelb.

35. Viertel. Farbe gelb.

36. Viertel. Farbe gelb.

37. Viertel. Farbe gelb.

38. Viertel. Farbe gelb.

39. Viertel. Farbe gelb.

40. Viertel. Farbe gelb.

41. Viertel. Farbe gelb.

42. Viertel. Farbe gelb.

43. Viertel. Farbe gelb.

44. Viertel. Farbe gelb.

45. Viertel. Farbe gelb.

46. Viertel. Farbe gelb.

47. Viertel. Farbe gelb.

48. Viertel. Farbe gelb.

49. Viertel. Farbe gelb.

50. Viertel. Farbe gelb.

51. Viertel. Farbe gelb.

52. Viertel. Farbe gelb.

53. Viertel. Farbe gelb.

54. Viertel. Farbe gelb.

55. Viertel. Farbe gelb.

56. Viertel. Farbe gelb.

57. Viertel. Farbe gelb.

58. Viertel. Farbe gelb.

59. Viertel. Farbe gelb.

60. Viertel. Farbe gelb.

61. Viertel. Farbe gelb.

62. Viertel. Farbe gelb.

63. Viertel. Farbe gelb.

64. Viertel. Farbe gelb.

65. Viertel. Farbe gelb.

66. Viertel. Farbe gelb.

67. Viertel. Farbe gelb.

68. Viertel. Farbe gelb.

69. Viertel. Farbe gelb.

70. Viertel. Farbe gelb.

71. Viertel. Farbe gelb.

72. Viertel. Farbe gelb.

73. Viertel. Farbe gelb.

74. Viertel. Farbe gelb.

75. Viertel. Farbe gelb.

76. Viertel. Farbe gelb.

77. Viertel. Farbe gelb.

78. Viertel. Farbe gelb.

79. Viertel. Farbe gelb.

80. Viertel. Farbe gelb.

81. Viertel. Farbe gelb.

82. Viertel. Farbe gelb.

83. Viertel. Farbe gelb.

Vom Büchermarkt.

Arbeiterrecht von Stadthagen. Geb. 5.50 Mk.

Bürgerliches Gesetzbuch mit vollständigen Erläuterungen.

Führer durch das Bürgerliche Gesetzbuch.

Die Bibel über die sogenannten heiligen Schriften der Juden und Christen. Preis 4.50 Mk.

Leipziger Vorkampfbrosch. Prozeß wider Liebknecht, Bebel u. Seppner. Preis 5 Mk.

Das Kapital von Marx.

Liebknechts Fremdwörterbuch.

Corbins Vorkampfbrosch.

In freien Stunden. I, II und III. Jahrgang, geb.

Neue Zeit. Diverse Jahrgänge, geb.

Die illustrierte Welt der Erfindungen von J. G. Vogt. 6 Prachtbände, a. 6.50 Mk., Galbranz, a. 7.50 Mk. und 2 Supplement-Bände.

Das Werden des Menschen von Dr. Erdm. Preis geb. 6 Mk.

Frankheit oder Verbrechen? von Dr. G. D. Berndt.

Illustrierte Weltgeschichte von J. G. Vogt. 6 Prachtbände, a. 5.50 Mk., Galbranz, a. 6.50 Mk.

Der gesunde und franke Mensch von Dr. König. Preis 12.50 Mk.

Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen von Kampffmeyer. Preis 1.50 Mk.

Das natürliche Werden der Lebewesen von Dr. Hoffer. Preis geb. 3.75 Mk.

Ein Held des Geistes und des Schwertes von Otto Walter. Preis 5 Mk.

Kraft und Stoff von Dr. Biedner. Preis 6.50 Mk.

Gedanken eines arbeitslosen Philosophen. Geb. 1 Mk.

Was ist die Pflanz? Poetik von Leopold Jacob. Preis 3.50 Mk.

Albert Luks Gedichte. Preis 1.50 Mk.

Gratulationsgedichte und Vorträge zu allen festlichen Gelegenheiten für die Kinder des Proletariats. Preis 60 Pf.

Die verjüngte Glocke von Gerhard Hauptmann. Preis 4.50 Mk.

Schillers Werke. Preis (2 Bände) 4 Mk.

Goethes Werke.

Wie ein Arbeiter Sozialdemokrat wurde. Eine Rede von Paul Göhr.

Preis 10 Pf.

Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring. Gesamtpreis 1.20 Mk., in 2 Teilen a. 20 Pf.

Sammlung gesellschafts-wissenschaftlicher Aufsätze. Herausgeber Ed. Juchs. Preis pro Band 1.50 Mk.

Es werde Licht. Poetik von Leopold Jakob. Preis 2 Mk.

Worte und Taten des arbeiterfreundlichen Zentrums von Hoch.

Preis 10 Pf.

Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen von W. Liebknecht. Preis 25 Pf.

Wider Junkertum und Bittelhaube von Rud. Krafft, Premierleutnant a. D. Preis 40 Pf.

Zu haben in der

Volksbuchhandlung,

Rannischestraße 3.

Arbeiter-Notiz-

Kalender 1902

Mit mehreren Illustrationen

u. a. Gemälde von

Liebknecht, Grad-Denkmal.

Geb. 60 Pf., Porto 10 Pf.

Inhalts-Auszug.

Die neuen Verträge der Soldaten.

Arbeitslosigkeit und Arbeitslosen.

Verordnung, erlassen von Paul

Singer. Arbeitslosen-Gesetz

mit 1000 Beispielen (14. August

1901). - Neue Arbeitslosen-

Beihilfen in Preußen, Baden und

Sachsen über 100,000 Einwohner. -

Arbeitslosenversicherung mit

Beispielen über die verschiedenen

Arten der Versicherung.

Arbeitslosenversicherung.

300 neue und getragene, feine Winter-
überzieher, Plüsch, Felle, Ziegen-
pelze, Schafwolle, Schafwolle u.
Stiefel, Schuhwerk jeder Art, ge-
tragene Herrenkleider, Fracks, Gehörte
u. v. m. Preis bill. Gleich, Alter Markt 34.

Anfragspostkarten
in großer Auswahl zu haben in der
Volksbuchhandlung, Rannischestr. 3.

Werkzeuge in Ia Qualität u.
Eisenwaren empfiehlt
Paul Schneider, Rannischestr. 4.

1 bis 2 Glasergehilfen sucht sofort
A. Patzschke, Theiberg bei Zeitz.

5-6 Dachdeckergehilfen stellt ein
K. Stöbenhüser, Götzeberg,
Blau 4.

Todes-Anzeige.
Sonntag früh 3 Uhr verchied nach
langem schweren Leiden unsere liebe
Heine Maria im Alter von 1 Jahr
8 Monaten.

Dies geist schmerzerfüllt an
Reinhold Welsch u. Frau geb. Maug.
Die Beerdigung findet Mittwoch
nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause,
Zeitz, Weberstraße 22, aus statt.

Dank.
Für die herrliche Teilnahme, sowie
den reichen Blumenschmuck beim Be-
erdnis unserer sehr geliebten Lebens-
mutter können wir nicht unterlassen, allen
unsern herzlichsten Dank auszusprechen.
Dank auch dem Herrn Pastor Witte
für seine treuerhätige Beisteuer.

Die tieftrauernde Familie **Saal.**

Bettfedern,

Fertige Betten, Inletts,
Bettwäsche, Strohsäcke,
Eisen- u. Bettstellen

mit und ohne Matratzen
empfehlen unter Garantie streng
reeller Bedienung

Eduard Graf

Erhabenes Spezial-Geschäft
am Plage.
Marktplatz 11.

Das Kohlegeschäft der Konsumvereine.

Man schreibt uns:
Infolge der vorjährigen Kohlennot haben sich an einer ganzen Anzahl Plätze „Kohleneinkaufsgenossenschaften“ gebildet. Auch die Konsumvereine, welche bisher ihren Mitgliedern noch keine Kohlen vermittelten, nahmen diesen Geschäftszweig teils freiwillig, teils durch ihre Mitglieder gezwungen, in die Hand. Es wäre nun sehr interessant, wenn man einen Überblick darüber erhalten könnte, in welcher Weise sich in allzu diesen Fällen das Geschäft entwickelt hat. Trotzdem dieser Überblick fehlt und infolge des Mangels einer Organisation auch nicht zu ermöglichen ist, ist es doch dem in der Verhältnis der Genossenschaftigen klar, daß weder die Konsumvereine noch die Kohleneinkaufsgenossenschaften irgend welchen Einfluß auf die Verteilung der Kohlennot ausüben können. Die Kohlennot war, wie wir bereits früher schreiben, eine Folge der überhöhten Nachfrage des Konsums in Verbindung mit dem großen Bedarf der Industrie.

Nachdem der Winterbedarf des Konsums befriedigt war, sahen die Kohlenhändler mit ihren Vorräten fest und müßten diese im Frühjahr sogar unter Zehnpenten verkaufen, um Abnehmer zu finden. Den Rest des Ausgleichs der Kohlennot und der Kohlenpreise besorgte dann noch in der tabulativen Weise die inzwischen eingetretene wirtschaftliche Krise.

Wollen die Konsumvereine und Kohleneinkaufsgenossenschaften einen Einfluß auf das Kohlegeschäft ausüben, dann muß in den meisten Fällen der Geschäftsgang anders in die Hand genommen werden, als dies bisher der Fall war. Die meisten Vereine mochten nicht einmal den Versuch, ihren Kohlenbedarf direkt bei den Händlern zu decken. Andere wieder schreften nach dem ersten vergeblichen Versuch zurück und wagten keinen zweiten, um eine direkte Verbindung zu erhalten. Manche Vereine stellten sich sogar auf den Standpunkt, es sei für sie bequemer, ja sie hätten sogar die Verpflichtung, ihren Kohlenbedarf bei dem Großhändler zu decken, welcher bisher die Kohlen am Platze lieferte. In sehr vielen Fällen sind die Vereine deshalb lediglich nur Handlanger der betreffenden Großhändler gewesen. Die Vereine sammelten den Bedarf ihrer Mitglieder, übertrugen dem Großhändler die Lieferung und nahmen demselben nur das Risiko der Bezahlung ab. Der Großhändler wußte sehr genau, daß er von dem Verein kein Geld erhielt und überließ diesem die Sorge, das Geld von den Mitgliedern einzutreiben. Es waren dies nicht nur kleine kapitalistische Vereine, sondern teilweise recht gut situierte große Vereine. Sogar Vereinigungen von Kohleneinkaufsgenossenschaften und Einkaufsvereinigungen von Konsumvereinen machten diesen Fehler.

Es wird nun bald ein Jahr, daß die Großeinkaufsgenossenschaft Deutscher Konsumvereine auch das Kohlegeschäft in die Hand nahm. Zahlreiche Vereine sind es, welche ihre Order derselben zuweisen, um hiermit eine Grundlage zu einer Organisation des Kohleneinkaufs zu schaffen. Der Großeinkaufsgenossenschaft gelang selbstverständlich auch nicht im ersten Anlauf, überall das Geschäft direkt zu machen. Trotzdem sind die Erfolge recht zufriedenstellende. Dieselben wären noch größer, wenn verschiedene Vereine etwas weniger an den alten liebgewordenen Verbindungen hängen würden. So lange die Großeinkaufsgenossenschaft nur einen geringen Teil des Kohlenbedarfs der Vereine zu decken hat, kann dieselbe natürlicherweise nicht mit dem gewünschten Einfluß den Händlern und Kohlen-Syndikaten gegenüberstellen. Deshalb ist es notwendig, daß im kommenden Jahre die Vereine noch mehr als bisher dazu kommen, ihre Aufträge in die Hand der Großeinkaufsgenossenschaft zu legen. Der Erfolg wird dann um so weniger ausbleiben, da durch den schiedsten Geschäftsgang Händlern und Syndikate doch schon etwas zugänglicher geworden sind und anfangen, bei großen Aufträgen mit sich reden zu lassen. Letztendlich wird mancher der den Vertretern der Großeinkaufsgenossenschaft etwas skeptisch gegenüber steht, überredet sein, wenn er im nächsten Geschäftsbericht die Ueberbrückung über den Umfang des Kohlegeschäfts der Großeinkaufsgenossenschaft liest. Heute wollen wir uns damit begnügen, an einem Beispiel zu zeigen, was ein Verein leisten kann, wenn er, unbekümmert um die Konsequenzen, das Kohlegeschäft in rein genossenschaftlichem Sinne und zum Vorteil seiner Mitglieder in die Hand nimmt.

Der im vorigen Jahr gegründete „Allgemeine Konsumverein für Kiel und Umgegend“ hielt es für seine Pflicht, seine Mitglieder für den kommenden Winter mit billiger Kohle zu versorgen. Die Geschäftsleitung dieses Vereins, resp. dessen Verwaltung besteht aus lauter guten Genossenschaftlern. Man war sich deshalb auch von vornherein klar, auf keine Privatinteressen Rücksicht zu nehmen, sondern, wenn irgend möglich, das Geschäft mit der Großeinkaufsgenossenschaft zu machen. Nach der Lage des Kohlenmarktes konnten für Kiel nur noch englische Kohlen in Frage kommen. Zu vorzuziehender Weise unterrichtete der Geschäftsführer des Kieler Konsumvereins, Herr Adams, die Geschäftsleitung der Großeinkaufsgenossenschaft über die Mängel des Kohlenhandels in Kiel. Diese Geschäftsleitung der Großeinkaufsgenossenschaft dann mit Hilfe eines Schiffsmaklers die Offerte zur Lieferung von ca. 1000 Tonnen englischer Kohlen. Nachdem durch gegenseitige Korrespondenzen, sowie eine persönliche Unterhandlung mit Herrn Geschäftsführer Adams, eine sichere Grundlage für das Geschäft gegeben war, ging die Verwaltung des Kieler Konsumvereins an die Sammlung der Aufträge ihrer Mitglieder.

Der Bedarf der Kohlen wurde in den Verkaufsstellen des Vereins bekannt gegeben und von den Vorkäuflichen die Bestellungen der Mitglieder entgegengenommen. Die Mitglieder zahlten den ungefähren Betrag ihrer Kohlenbestellung in voraus an den Verein. Etwa 600 Mitglieder gaben Bestellungen auf. Das Mindestquantum war auf 1000 Kilogramm festgesetzt, das wurden auch ausnahmsweise Bestellungen von 500 Kilogramm angenommen. Nachdem auf diese Weise eine Dampferladung von circa 1000 Tonnen gesichert war, wurde der Auftrag der Großeinkaufsgenossenschaft überschrieben, welche denselben sofort einbündete und zur Ausführung brachte.

Mancher Verein wäre zurückgeschreckt, ein solches Quantum Kohlen in kurzer Zeit an seine Mitglieder zu verteilen. Die energische Geschäftsleitung des Kieler Konsumvereins löste diese Aufgabe aber in glänzender Weise. Die Lieferfrist für

die einzelnen Mitglieder wurde rechtzeitig ausgeschrieben und nach Straßen geordnet. Auch die Vereinbarungen mit den Fuhrleuten wurden rechtzeitig geregelt. Sonntags vormittags legte der Dampfer in Kiel an. Am Montag früh begann mit 20 Fuhrwecken das Abfahren der Kohlen und in nicht ganz sechs Tagen war der Dampfer, welcher 107 Doppelladungen Kohlen enthielt, geleert.

Nur 600 Mitglieder wurden in dieser Zeit 100689 Kilo Kohlen verteilt. 64004 Kilo gingen an einen Unternehmer und wurden von diesem selbst abgeholt. Es kamen also auf das einzelne Mitglied im Durchschnitt 1677 Kilo. Da die Mitglieder der die Kohlen 12 Pf. oder 50 Kilo unter dem ortsüblichen Preis erhielten, ersparten dieselben durch diesen organisierten Kohlenbezug 2520 Mark. Als der Dampfer in Kiel eintraf, kosteten 50 Kilo Kohlen 1.10 Mark. Die Mitglieder erhielten die Kohlen pro 50 Kilo mit 98 Pfennig. Trotzdem verließ dem Verein nach Abrechnung aller Unkosten noch ein Ueberschuß von ca. 600 Mark.*

Die Folge dieses organisierten Kohlenbezuges war, daß die Kieler Kohlenhändler ihre Preise sofort von 1.10 Mark auf ca. 1.05 Mark herabsetzten. Der Konsumverein wurde also auch noch zum Preisregulator und verschaffte auch den übrigen Einwohnern von Kiel billige Kohlenpreise. Dieser Erfolg macht sich aber auch in sehr günstiger Weise für die Entwicklung des Vereins bemerkbar. Die letzten Wochen brachten dem Verein zahlreiche neue Mitglieder und freigt der Umfang in den Verkaufsstellen ganz besondern. Ein Zeichen, daß die Mitglieder mit der erzielten Ausnutzung des Zwischenhandels im Kohlegeschäft zufrieden waren und in Ordnung fanden. Mancher Familienvater konstatierte, daß der Kohlenhandel bei gleichem Gewicht durch den Konsumverein geliefert, größer sei, wie durch den Händler geliefert.

Der Verein schreibt demnach, es sei allerdings bequemer, die Kohlen durch einen Händler am Orte zu beziehen, in diesem Falle müßte man aber auch auf den Erfolg verzichten. Im nächsten Jahre hofft der Verein mit einigen Nachbarstädten gemeinsam mehrere Dampferladungen zu beziehen. Den Einkauf, Verteilung und Bezahlung an die beteiligten Vereine übernimmt dann selbstverständlich die Zentralstelle: die Großeinkaufsgenossenschaft.

Der Kieler Verein wird sich dann noch einen Kohlenplatz mieten, um einen Teil der Kohlen zu Lager nehmen zu können. Es ist dies notwendig, damit der ärmere Teil der Mitglieder, welcher aus Mangel an Geld oder Platz seinen Kohlenbedarf nicht im voraus für den Winter hängen kann, jederzeit kleinere Quantitäten von dem Verein zu kaufen in der Lage ist. Auf diese Weise werden allerdings für die Konsumvereine die Kohlenhändler überflüssig. Öffentlich findet das Beispiel des Kieler Konsumvereins recht oft Nachahmung. G. Fell.

Soziales.

— Eine antilige Erhebung über die Krisis in Hessen. Die hessischen Handelskammern sind von den oberen Verwaltungsbehörden eracht worden, Erhebungen über die von Seiten der Kammern gemachten Wahrnehmungen über die gegenwärtige Lage des Arbeiterhandels und der Industrie zu veranlassen, und zwar insbesondere über die Lage des Arbeitsmarktes, Produktions- und Arbeiterverhältnisse und Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung.

— Produktiv-Genossenschaften. In dem „Wochenbericht“ der Großeinkaufsgenossenschaft Deutscher Konsumvereine finden wir folgende Warnung vor der Errichtung von Produktiv-Genossenschaften:

Die Neigung, Produktiv-Genossenschaften zu errichten, nimmt einen immer bedauerlicheren Umfang an. Nicht nur, daß nach verlorenen Streiks von den Arbeitern vielfach ohne jedes Kapital Produktiv-Genossenschaften errichtet werden, sondern auch wegen Differenzen mit einzelnen Erwerbstreibern oder zur Unterbrechung der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung greift man zu solchen Maßnahmen. Es kann nicht dringend genug vor dieser abschüssigen Bahn gewarnt werden. In allen Ländern und seit Beginn der Genossenschaftsbewegung hat die Erfahrung stets gezeigt, daß in verhältnismäßig wenigen Fällen die errichteten Produktiv-Genossenschaften lebensfähig blieben. Die allergrößte Mehrzahl derselben ist nach wenigen Jahren zu Grunde gegangen. Die Beteiligten haben ihr Geld dabei verloren, das Vertrauen zur Genossenschaftsbewegung ist aufs schwerste erschüttert worden. Es hat sich zum Teil infolge dieser misslungenen Versuche in weiten Kreisen der Arbeiter eine direkte Feindschaft gegen die Genossenschaftsbewegung ausgebildet.

Ersichtlicherweise hat sich ja in den letzten Jahren ein Stimmungsumschlag zu gunsten der Konsumgenossenschaftsbewegung bemerkbar gemacht. Dieser Stimmungsumschlag scheint aber jetzt dazu zu führen, daß auf neu wieder überall Versuche zur Errichtung von Produktiv-Genossenschaften gemacht werden. Es liegt im Interesse der Konsumgenossenschaft, diesen Versuchen mit allen Kräften sich entgegenzusetzen und die interessierten Kreise über das Aussichtslos solcher Unternehmungen aufzuklären. Das ist vor allem denen dort notwendig, wo der Plan besteht, Genossenschaftsblattdruck zu errichten.

Eine Schlicht-Konsumgenossenschaft in Hensburg, die sich im vorigen Jahre gebildet hat, hat schon jetzt einen Teil ihres Ueberschusses in Anlage eines Holzgaswerks ausgeben müssen, und sie wird voraussichtlich in nicht allzu ferner Zeit sich auflösen müssen, ohne überhaupt ihre Tätigkeit aufgenommen zu haben. Das ist noch insofern recht günstig, als die Mitglieder wenigstens 80 Proz. des einbezogenen Kapitals herausbekommen, während sie bei einer Pilele vorausichtlich mit der ganzen Paktsumme herangezogen werden würden. In einer Stadt Hammovers sind die Konsumisten über die Preissteigerung des Fleisches ungehalten und planen ebenfalls die Errichtung einer Genossenschaftsblattdruckerei. Wir haben demselben in der allerentschiedensten Weise von ihrem Vorhaben abgeraten. Ob man unterem Rate folgen wird, weiß die Zeit her. Jetzt soll auch eine Genossenschaftsblattdruckerei in Berlin errichtet werden. Der Vorwärtss weiß zu berichten, daß praktisch gescheitete Versuche, die auch gleichzeitig ein Holzgaswerk errichten und hierzu die Initiative ergreifen haben. Man glaubt auf diese Weise noch in Verne thätige Kollegen, die sich in unabhängiger

* Vereine, die in ähnlicher Weise vorgehen, wenn auch nicht unter Abnahme eines so großen Quantums auf einmal, wie es hier die Verhältnisse bedingten, sind u. a. Vorwärts - Dresden, Neustadt-Neuburg und Meia.

Grüßung befinden, für die Wellenbewegung besser engagieren zu können. Auch soll das Unternehmen unter Umständen gemäßigten Kollegen wieder Arbeitsgelegenheit bieten.

Es handelt sich dem Aufseiner nach hier um eine reine Schlachtereier-Produktiv-Genossenschaft. Aus der Notiz geht nicht hervor, daß das Kapital für die Errichtung eines Holzgaswerkes zur Verfügung stehen wird. Nun haben schon die Konsumvereine, die Schlachtereier für ihren organisierten Absatz erzielten, mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Um mit ihrer Schlachtereier-Erträge zu haben, bedürfen sie eines erheblichen Kapitals, da nur der Großbetrieb rentabel ist, und einer tüchtigen, energischen und umständlichen Leitung. Immerhin haben sie durch einen reinen Produktiv-Genossenschafts-Schlachtereier auch nicht einmal die bisher gesicherte Absatzhandlung. Die Schwierigkeiten werden dadurch außerordentlich erhöht, und es ist hundert gegen eins zu wetten, daß solche Produktiv-Genossenschaften nicht lebensfähig sein werden. Wir wiederholen daher noch einmal unseren Wunsch, daß die Konsumgenossenschaft, so weit es möglich ist, vor der Errichtung solcher von vornherein den Todesstich in sich tragender Produktiv-Genossenschaften warnen und wenn möglich ihren Warnungen in der Presse des betreffenden Ortes Ausdruck verleihen mögen.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 7. Oktober 1901, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Dittenberger.

Eingegangen sind zwei Initiativentwürfe unserer Genossen. Ersterer verlangt, beschließen zu wollen, die Rittergüter der Stadt, Ammendort und Beien, da sich trotz zweimaliger Aufhebung seiner Verpachtung keine Bewerber gefunden haben, nach Ablauf der Stadt in der Hand der Stadt zu verbleiben, dem Magistrat zu veranlassen, im Monat November eine Zahlung der Arbeitslosen vornehmen zu lassen, um die Zahl der Arbeitslosen in Halle zu verringern und event. Schritte zur Verringerung der Not einzuleiten zu können. Beide Entwürfe sollen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gebracht werden, wobei der Antrag des Herrn Genossen Krüger, welcher den Magistrat ersucht, die Herren Baummeister Lehmann u. Wolff zu veranlassen, das der Firma gehörige Land in der Hallesche heranzugeben, damit der Verkehr nach der Friedenstrasse freigegeben werden kann. Stadtbaurat Gemmer entgegen, der Magistrat habe die Grundbesitzverhältnisse geprüft und sei zu einer anderen Ansicht gekommen. Die Vorlage wird der Baukommission überwiesen und der Stadt, Emmer soll zu der Vorbereitung mit herangezogen werden. Der Major a. D. Dr. Jörlich teilt in einem Schreiben mit, daß er bitte, von seiner Wiederwahl zum unbelobten Stadtrat Abstand zu nehmen, da er als Direktor des Provinzialmuseums nicht mit Arbeiten überlastet sei. Stadtdirektor Krause meldet, daß er ein Mandat als Stadtverordneter wegen vorgerückter Krankheit niedergelegt habe. Zwei Petitionen von Meinde u. Antrag und Genossen betreffs Verstellung der Möbel zum Direktorialismus des Magistratsvertrages werden der Petitionskommission überwiesen. Nach der Berichtigung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 30. September wurde in die Tagesordnung eingetragen:

1. bis 8. Diele Punkte wurden ohne längere Diskussion erledigt. Die Finalabstimmung der Kassen und des Erneuerungslohs des Schladt- und Viehhofes und die notwendig gewordenen Nachbesserungen wurden gutgeheißen. Ueber die Petition betreffs der Verlegung der Friedenstrasse für die öffentliche Bauten ging man zur Tagesordnung über. Der Ausbau von Straßenteilen im südlichen Bebauungsplan wurde beschlossen. — Einem Antrage betreffs des Grundgebalt dreier Häuser der Vororte wurde zugestimmt. — Bauliche Veränderungen im Grundbesitz des Brunnens Nr. 36 vor der planmäßigen Abnahme werden genehmigt. — Ein Antrag von Hentzenberger im Bezug auf Heilmann werden die erforderlichen Mittel bewilligt. — Der Finalabstimmung des Kapitel XI — Armenwesen — des Haushaltsplanes 1901/02 wird genehmigt und die Nachbemessung wurde ausgeschrieben. — Die Finalabstimmung für das Mittelgebäude an der Friedenstrasse wird beschlossen.

9. Die Rechte der Stadtverordneten bei Einbringung von Interpellationen sollten erweitert werden durch einen vom Stadtv. Albrecht gestellten Antrag behufs Abänderung des § 24 der Geschäftsordnung der Stadtverordneten - Verammlung. Stadtv. Albrecht begründete den Antrag mit dem Hinweis, daß die Stadtverordneten nicht bloß durch die Einbringung von dem Magistrat irgend etwas zu erfahren, sondern um die betreffende Angelegenheit auch zur Diskussion zu bringen. Nach der jetzigen Geschäftsordnung werde eine Diskussion von der Stimmenmehrheit des Kollegiums abhängig gemacht und da werde nach der Beantwortung der Interpellation gar nicht gefragt, ob jemand das Wort wünsche. Das ist ein Fehler und eine Benachteiligung der Rechte der Stadtverordneten. In anderen Parlamenten werden viel mehr entgegenkommen gehandelt. So z. B. im Reichstag komme eine Interpellation zur Diskussion, wenn 50 Mitglieder, dieses Wort ungefahr der Zahl der Abgeordneten, dafür stimmten. Eine ähnliche Bestimmung könne man vielleicht auch für das Stadtverordneten-Kollegium treffen.

Es handelt sich nicht etwa darum, Sozialdemokraten Gelegenheit zu geben, sich auszusprechen zu können, sondern darum, die Bestimmungen zu treffen, die im Interesse des gesamten Kollegiums erlassen werden sollten. Deshalb möchte man dem Antrag zustimmen und die Angelegenheit der Geschäftsordnungskommission zur Vorbereitung überweisen. Der Vorsitzende Dittenberger entgegen, daß, wenn der Vorredner sich in voriger Sitzung ebenso ausgedrückt hätte, wie heute, er Redner, jedenfalls auch etwas anderes erwidert hätte. Vielleicht hätte er auch etwas für sich, womit er Redner, aber nicht etwa lazen wollen, daß es richtig ist, wenn vielleicht die Beantwortung von Interpellationen von dem adsten Teil der Versammlung abhängig gemacht würde. Mindestens ist es vielleicht notwendig, daß nach der Beantwortung der Interpellation ein Stadtverordneter das Wort dazu bekommen, die Beantwortung zu kritisieren. Der Vorsitzende ist anderer Meinung, da Interpellationen und Anträge wohl verschiedenartig behandelt werden müßten. Im übrigen ist es kein Verbrechen, wenn in den Verhandlungen einmal ein Wort mehr wie notwendig geäußert werde, aber es könne auch nichts schaden, wenn das auch viele Neben etwas einräumt würde. Stadtv. Albrecht will nicht zurück, das wird vielleicht durch den Antrag besetzt werden solle, die Verhandlungen zu beschließen, und die Verammlung beschließt dem Vorredner des Vorlesers gemäß. Punkt 10 fällt aus.

11. Der Verpachtung von Acker vom Stadtv. wird zugestimmt.

